

Antrag auf Ablehnung des/der Staatsanwalts_in

Hiermit beantrage ich die Ablehnung des/der Sitzungsvertreters_in der Staatsanwaltschaft, da diese_r soeben seiner/ihre Ermittlungspflicht nicht nach kam, als es

während

außerhalb

der Verhandlung zu folgender Straftat kam und er/sie nicht intervenierte, obwohl sie/er umgehend davon Kenntnis erhielt:

Begründung:

Soeben kam es

während

außerhalb

der Verhandlung zu der oben genannten Straftat. Da der/die Sitzungsvertreter_in der Staatsanwaltschaft die Pflicht hat, bei Kenntnis von Straftaten ein Ermittlungsverfahren gegen den/die Straftäter_in einzuleiten, dies aber soeben nicht tat, ist er/sie auf Grund des Verdachts der Befangenheit abzulehnen. Die Befangenheit ist dadurch begründet, dass der/die Vertreter_in der Staatsanwaltschaft, durch die oben benannte Verletzung seiner/ihrer Ermittlungspflicht, seine Voreingenommenheit gegenüber den Angeklagten unter Beweis stellte. Dieser Verdacht ergibt sich insbesondere, da die Verweigerung Ermittlungen einzuleiten zeigt, dass der/die Vertreter_in der Staatsanwaltschaft hier offensichtlich nach eigenen, subjektiven Wertmaßstäben handelt – was zwar im Sinne einer aus individuell, selbstverantwortlich handelnden Individuen bestehenden utopischen Gesellschaft zu begrüßen wäre, innerhalb rechtsstaatlicher Normen aber nicht zu tolerieren ist, solange diese bestehen und akzeptiert werden. Dies gilt insbesondere da diese rechtsstaatlichen Normen den/die Vertreter_in der Staatsanwaltschaft mit besonderen Befugnissen ausstatten, die von dieser/diesem nun missbräuchlich verwendet werden können. Somit handelt der Staatsanwalt/die Staatsanwältin nicht als Individuum, bei dem Entscheidungen nach subjektivem Wertmaßstäben zu begrüßen wären sondern als Vertreter_in staatlicher Gewalt, die sich nun verstärkt sowohl gegen das Opfer der eben bekannt gewordenen Straftat, als auch gegen den/die Angeklagte richtet, indem sie subjektiv im Sinne einer festgelegten Weltanschauung – nämlich der des Vertreters/der Vertreterin der Staatsanwaltschaft – angewendet wird.

Daher ist er/sie abzulehnen.

Dieser Antrag wurde als Reaktion auf eine konkrete Handlung des Vertreters/der Vertreterin der Staatsanwaltschaft in dieser Verhandlung vorgebracht und ist daher fristgerecht gestellt.

Glaubhaftmachung:

- Protokoll der Hauptverhandlung vom _____
- Zeugnis des Vertreters/der Vertreterin der Staatsanwaltschaft
- dienstliche Erklärung des/der vorsitzenden Richter_in
- Erklärung von _____ (Beobachter_in der genannten Straftat)